



## **Berücksichtigung des lokalen Arbeitsmarkts bei der Verteilung Geflüchteter verbessert ihre Berufschancen deutlich**

Eine wissenschaftliche Analyse im aktuellen DIW-Wochenbericht über die Berufschancen von Geflüchteten in Deutschland zeigt: Die Chancen auf eine Beschäftigung haben sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer deutlich positiv entwickelt. Dies trifft aber nicht auf die fachliche Übereinstimmung der gefundenen Beschäftigungen mit den in den Herkunftsländern zuletzt ausgeübten Berufen zu. Diese Quote sinkt leicht über die Jahre. Es zeigt sich ein deutlicher Einfluss der regionalen Arbeitslosenquote auf die generelle Beschäftigungswahrscheinlichkeit und die Wahrscheinlichkeit, den vor der Flucht ausgeübten Beruf wiederzuerlangen. Geflüchtete mit gefragten Zielberufen haben ungeachtet ihrer regionalen Zuordnung bessere Beschäftigungsaussichten. Eine gezielte regionale Verteilung der Geflüchteten, die die regionale Aufnahmefähigkeit lokaler Arbeitsmärkte berücksichtigt, würde vielen Geflüchteten bessere Chancen bei der Arbeitsmarktintegration ermöglichen und einen positiven Einfluss auf die Fortführung ihrer früheren Beschäftigungen haben. Davon könnten nicht nur Geflüchtete, sondern auch die ortsansässigen Arbeitgeber\*innen profitieren.

Der Beitrag im DIW-Wochenbericht 30+31 2023 analysiert, ob Geflüchtete in Deutschland eine Anstellung gefunden haben und ob sie in dem in ihrem Herkunftsland ausgeübten Beruf arbeiten. Er betrachtet dabei die Rolle der lokalen Arbeitsmarktsituation für die Erwerbsaussichten von Geflüchteten mit ausländischer Berufserfahrung und einer Wohnsitzauflage. Eine berufliche Übereinstimmung kann sowohl für Geflüchtete als auch für Arbeitgeber\*innen als ein erstrebenswertes Beschäftigungsverhältnis angesehen werden, da Geflüchtete ihre berufliche Identität erhalten können und Arbeitgeber\*innen von bereits in den Herkunftsländern erlangten beruflichen Kompetenzen profitieren.

In Übereinstimmung mit anderen Studien zur Erwerbstätigkeit von Geflüchteten zeigt sich zunächst, dass sich die Chancen auf eine Beschäftigung mit zunehmender Aufenthaltsdauer deutlich positiv entwickelt haben. Mehr Menschen, die zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland geflüchtet sind, haben zwischen 2017 und 2019 eine Erwerbstätigkeit gefunden. Dabei nahm aber der Anteil derjenigen ab, die in dem Beruf arbeiten, den sie zuvor in ihrem Herkunftsland ausgeübt haben. Die Analysen zeigen schließlich einen deutlichen Einfluss der regionalen Arbeitslosenquote auf die generelle Beschäftigungswahrscheinlichkeit und die Wahrscheinlichkeit, den vor der Flucht ausgeübten Beruf wiederzuerlangen. Die Nachfrage in Form von offenen Stellen hingegen zeigt keinen regionalen Effekt; Geflüchtete mit gefragten Zielberufen haben ungeachtet ihrer regionalen Zuordnung bessere Beschäftigungsaussichten.

Eine regionale Verteilung der Geflüchteten, die die regionale Aufnahmefähigkeit lokaler Arbeitsmärkte berücksichtigt, würde vielen Geflüchteten bessere Chancen bei der Arbeitsmarktintegration ermöglichen. Dies gilt insbesondere für Geflüchtete mit Zielberufen, bei denen es große regionale Unterschiede hinsichtlich der lokalen Aufnahmefähigkeit gibt. Bei Berufen mit starker deutschlandweiter Nachfrage könnte die Orientierung an der grundsätzlichen Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes jedoch dazu führen, dass Geflüchtete nicht den grundsätzlich weniger aufnahmefähigen Regionen zugeordnet würden, wo ihr zuvor ausgeübtes Berufsbild aber dennoch benötigt würde. Geflüchtete mit Berufserfahrung in Berufen mit einer

deutschlandweit hohen Nachfrage sollten daher gezielt nach den Erfordernissen des Arbeitsmarkts und nicht nach der allgemeinen lokalen Aufnahmefähigkeit verteilt werden. Erstmals zeigen die Ergebnisse, dass sich eine angepasste regionale Verteilung auch im Hinblick auf die Übereinstimmung mit der vorherigen Beschäftigung und damit positiv auf die Nutzung der Berufserfahrung und der dadurch erworbenen beruflichen Kompetenzen auswirken dürfte. Davon wiederum könnten nicht nur Geflüchtete, sondern auch die ortsansässigen Arbeitgeber\*innen profitieren. Vieles spricht daher dafür, die aktuelle regionale Verteilungspraxis zu überarbeiten. Hierbei kann es sich um eine abgewandelte Version des Königsteiner Schlüssels oder um einen gänzlich neuen Schlüssel handeln, der die lokale und berufliche Arbeitsmarktlage in Deutschland bei der Verteilung von Geflüchteten berücksichtigt. Die Orientierung vor allem an den Bevölkerungsanteilen der Bundesländer vernachlässigt die Aufnahmefähigkeit der regionalen Arbeitsmärkte und ist daher für die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt keine optimale Verteilungsstrategie.

## **Hintergrund**

Die Analyse stützt sich zum einen auf die Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, eine Teilstichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Als zweite Datenquelle werden Daten der Bundesagentur für Arbeit herangezogen, die innerhalb des Leibniz-WissenschaftsCampus SOEP-RegioHub ([www.lsc-soep-regiohub.com](http://www.lsc-soep-regiohub.com)) mit den SOEP-Daten kombiniert wurden.

Die Autoren sind Marvin Bürmann und Dorian Tsolak, wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität Bielefeld, Jan Goebel, Mitglied des Direktoriums der Infrastruktureinrichtung Soziooekonomisches Panel im DIW Berlin sowie Simon Kühne, Professor für Applied Social Data Science an der Universität Bielefeld.

Der vollständige Beitrag ist unter [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.878414.de/der\\_lokale\\_arbeitsmarkt\\_entscheidet\\_durchdachte\\_verteilung\\_von\\_gefluechteten\\_erhoeht\\_ihre\\_berufschancen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.878414.de/der_lokale_arbeitsmarkt_entscheidet_durchdachte_verteilung_von_gefluechteten_erhoeht_ihre_berufschancen.html) abrufbar.

## **Anmerkung:**

Die wissenschaftliche Analyse bekräftigt eine wichtige Forderung und Position des DStGB, die die Verteilung der Geflüchteten in Deutschland auf die Bundesländer und Kommunen betrifft: Im Rahmen der sog. Wohnsitzauflagen sollte für die Verteilung der Geflüchteten neben der Wohnraumverfügbarkeit, Möglichkeiten für den Erwerb der Sprache vor allem das lokale Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot sowie die Verfügbarkeit von Kitas und Schulen eine zentrale Rolle spielen. Bereits mit der Einführung der sog. Wohnsitzauflage 2016 hat der Verband sich dafür eingesetzt, dass das Instrument mit diesen Kriterien flächendeckend in den Ländern eingeführt wird, was heute in allen Bundesländern der Fall ist. Gerade die Kommunen haben ein hohes Interesse an einer sachgerechten Steuerung, um die Chancen der Integration, aber auch die eigene Planungssicherheit durch eine gleichmäßige und gerechte Verteilung zu verbessern. Die Arbeitsmarktintegration ist dabei ein zentraler Aspekt für eine erfolgreiche Integration. Allerdings ist Wohnsitzverpflichtung durch eine Reihe von Rechtsänderungen und zahlreichen Ausnahmen zu einem stumpfen Schwert geworden und läuft überwiegend leer. Hier muss dringend nachgebessert werden. Gerade die ukrainischen Geflüchteten haben nach erfolgreichem Sprachkurs eine große Chance auf unserem Arbeitsmarkt, wo überall Fach- und Arbeitskräfte fehlen. Neben der stärkeren Berücksichtigung des lokalen Arbeitsmarkts müssen insbesondere die beruflichen Anerkennungsverfahren dringend beschleunigt werden. Darüber hinaus sollten Wohnsitzverpflichtungen mit gezielten Investitionen für den

Ausbau der örtlichen Infrastruktur verbunden werden. Bleibeberechtigte sollen so schnell wie möglich für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden und eine Stelle bekommen.

Um eine gesicherte Verteilung der Flüchtlinge, auch der aus der Ukraine, in Deutschland zwischen und innerhalb der Bundesländer und den Kommunen sowie im Hinblick auf das Ankunftsgeschehen in Europa zu gewährleisten, muss der Bund das aktuelle und zu erwartende Ankunftsgeschehen von Flüchtlingen mit den Kommunen teilen und alle föderalen Ebenen frühzeitig über die Flüchtlingsbewegungen informieren (Frühwarnsystem).

(Quelle: DStGB-Aktuell 3123-01)

*sch-ru*